Nr. 498 Abend-Ausgabe
B 247

Berlin

Sonnabend, 20. Oktober 1928
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff (A 7) 3600—3685 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Vor der zweiten Dawes-Konferenz

Parker Gilbert kommt nach Berlin zurück
Die Konferenz in Berlin oder in Paris

Der überraschende Besuch des englischen Schatzkanzlers Churchill in Paris, seine Aussprache mit Poincaré über die endgültige Reparationsregelung ist ein wichtiges Ereignis. Seine Bedeutung liegt darin, daß die englische Regierung von ihrer bisherigen Taktik, die Endlösung hinauszuzögern und darauf zu bestehen, daß Deutschland zunächst die „normalen" Jahreszahlungen von 2½ Milliarden Goldmark weiter leistet, abgegangen ist und sich damit einverstanden erklärt hat, daß die in Genf vereinbarten Sachverständigen-Kommissionen noch im Laufe dieses Jahres zusammentreten. Daß darüber in Paris eine Verständigung zwischen Poincaré und Churchill erreicht worden ist, geht aus dem offiziösen Communiqué hervor.

Was sonst zwischen Poincaré und Churchill verabredet worden ist, entzieht sich der genauen Kenntnis. Die deutsche Regierung war, ehe Parker Gilbert seine Reise nach Paris und London antrat, von der Absicht des Reparationsagenten unterrichtet.

Seine Absicht war es, das Terrain für die Sachverständigen-Kommissionen vorzubereiten und ein Einvernehmen über den Termin des Zusammentrittes sowie über die Fragen, die den Experten unterbreitet werden sollen, herbeizuführen. Das Ziel, das sich Parker Gilbert steckte, hat er anscheinend in London erreicht. Der Reparationsagent reist von Paris aus nicht, wie in der französischen Presse angekündigt wurde, nach Rom und Brüssel, sondern kehrt zunächst nach Berlin zurück. Man darf annehmen, daß in den nächsten Tagen die diplomatischen Verhandlungen über die Zusammensetzung der Sachverständigenkommission, über den Zeitpunkt und Ort ihres Zusammentrittes, sowie den Umfang ihres Beratungsprogramms abgeschlossen werden.

Von Paris aus wird gemeldet, Poincaré und Churchill hätten sich darauf geeinigt, daß die Sachverständigen ihre Arbeit am 15. Dezember beginnen sollen. Eine formelle Bestätigung liegt nicht vor und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß noch ein früherer Termin gewählt wird. Widersprochen sind die Mitteilungen darüber, wo die Kommission tagen soll. Paris und Berlin werden gleichzeitig als Konferenzort genannt. Auch darüber wird sich, ebenso wie über den Termin der Konferenz, ein Einvernehmen leicht erzielen lassen. Die deutsche Regierung wird eine Anregung, die Experten nach Berlin einzuladen, selbstverständlich freundlich aufnehmen, wird aber ebensowenig eine Einwendung dagegen erheben, wenn Paris als Konferenzort vorgeschlagen wird.

Von ungleich größerer Wichtigkeit ist die Festsetzung der „Tagesordnung" für die Konferenz der internationalen Finanzsachverständigen, die Formulierung der Fragen, die die Experten-Kommission beantworten soll. Darüber widersprechen die aus Paris und London kommenden Meldungen einander in wesentlichen Punkten. Es wird behauptet, daß Parker Gilbert sowohl der französischen, wie der englischen Regierung vorgeschlagen habe, die endgültige Reparationssumme mit etwa 30 Milliarden Goldmark festzusetzen. Parker Gilbert habe auseinandergesetzt, daß die Endsumme, die sich aus den jetzigen Jahreszahlungen Deutschlands grob errechnen ließe, etwa vierzig Milliarden betrage, ein Viertel dieser Summe solle gestrichen werden als Gegenleistung dafür, daß Deutschland nach der endgültigen Regelung auf die Vorteile des Transferschutzes verzichten soll. Von den 30 Milliarden sollten 16 Milliarden zur Zahlung der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten verwendet werden, der Rest als Entschädigung an Frankreich für die zerstörten Gebiete, zum kleineren Teil an England, Italien und Belgien abgeführt werden. Von den 16 Milliarden könnte späterhin zugunsten Deutschlands noch so viel abgestrichen werden, als die Vereinigten Staaten Nachlaß auf die Alliierten-Schulden gewähren.

Hinter diesen Mitteilungen wird man ein großes Fragezeichen setzen müssen. Es klingt sehr unwahrscheinlich, daß schon vor dem Zusammentritt der Sachverständigen-Konferenz zwischen den Regierungen der Westmächte eine feste Abmachung über die endgültige Reparationssumme getroffen und die Experten-Kommission gerade in dem wichtigsten Punkte vor vollendete Tatsachen gestellt werden soll. Das würde den Erfahrungen, die man bei der ersten Dawes-Konferenz gemacht hat, allzusehr widersprechen. Die finanziellen Experten, aus denen die Kommission zusammengesetzt werden soll, werden wie damals Männer von internationaler Geltung sein, die wenig Neigung zeigen werden, sich in ihrer gutachtlichen Aktionsfreiheit derartig beschränken zu lassen. Man hätte nicht nötig, die ersten Autoritäten der Bankwelt und der Wirtschaft zu bemühen, nur um festzustellen, wie eine gegebene Endsumme auf Jahreszahlungen aufzuteilen wäre, wie die Verzinsung geregelt werden soll und wie die Summe flüssig gemacht werden könnte.

Die Hauptaufgabe der zweiten Dawes-Konferenz wäre es ebenso wie die der ersten, die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands zu untersuchen. Erst aus dem Ergebnis dieser Feststellung könnten die Schlußfolgerungen gezogen werden. Das ist, wie sich aus mannigfachen Mitteilungen ergibt, auch die Auffassung in den Vereinigten Staaten. Als Hauptvertreter Amerikas ist Owen Young in Aussicht genommen.

Machtverlust

Von
Karl Lahm,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung"

✱ **Wien**, 17. Oktober

Unter Führung Dr. Otto Bauers hat die österreichische Sozialdemokratie eine Politik der Isolierung betrieben. Man sprach von einem Austromarxismus, der in seiner Art ein marxistischer Purismus war und etwa zwischen der zweiten Internationale und den Sowjets stand. Eine Weile schien es, als sei diesem Austromarxismus das Anwachsen der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich zuzuschreiben. Der Kommunismus konnte gegen die radikalere österreichische Sozialdemokratie nicht aufkommen; Dr. Otto Bauer war daran gelegen, auch den letzten Linksradikalen bei der Partei zu halten. Rückschläge waren unvermeidlich.

In Wahrheit hatte die österreichische Sozialdemokratie ihre Stärke zwei Umständen zu verdanken, zunächst der Erinnerung an die Mitwirkung der Sozialdemokraten unter Führung Dr. Renners in den ersten Jahren republikanischer Regierung, dann der im Wiener Rathaus geleisteten erfolgreichen Arbeit. Es wurde letzhin nach Revision der Verfassung gerufen, die ein sozialdemokratisches Werk gewesen sei; mit Recht wurde erwidert, daß in der Nationalversammlung Dr. Seipel der Referent der Verfassungsvorlage war. Damals fand man den Ausgleich, wirkten Christlich-soziale und Sozialdemokraten zusammen. Im Rathaus hat die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit zwar ein ausgesprochenes Parteiregiment geführt und sozialisiert, so den Hausbesitz, hatte auch etwas einseitig die Aemter mit ihren Leuten besetzt, ganz nach dem Beispiel der früheren christlichsozialen Herrschaft unter Lueger, aber es fand keine Verschleuderung von Geld statt, man hat gebaut und viele schöne soziale Einrichtungen geschaffen, so daß trotz aller Kritik auch die bürgerliche Einheitsfront eine gewisse Achtung nicht versagen konnte.

Die Isolierung, die von Dr. Otto Bauer erzwungene Ablehnung einer Beteiligung an der Regierung, hat der sozialdemokratischen Partei den Verlust von Machtstellungen eingetragen. Die Neuwahlen der Vertrauensmänner im Bundesheer haben den endgültigen Sieg der Bürgerlichen erbracht. Früher wurde das Heer von dem sozialdemokratischen Staatssekretär Dr. Deutsch kommandiert. Es war vollkommen rot, wenn auch nicht schlecht diszipliniert, und organisatorisch eine Leistung, da sich Kommunisten und auch übelste Elemente in den Truppenkörpern befunden hatten. Der christlichsoziale Bundesminister Vaugoin hat zielbewußt zunächst die sozialdemokratischen Offiziere und Unteroffiziere beseitigt, den für Oesterreich auf 30 000 Mann festgesetzten Höchstbestand beinahe auf die Hälfte reduziert und in der Hauptsache nur in den Ländern rekrutiert, unter Befragung des Herrn Ortsvorsters über die Gesinnung. Das Ergebnis der Soldatenwahlen zeigt, daß diesmal nur 6293 (1927: 9411) Stimmen für den sozialdemokratischen Militärverband abgegeben wurden, dagegen 8879 (6354) für den angeblich neutralen, in Wahrheit christlichsozialen Wehrbund und 832 (709) für die großdeutsche Soldatengemeinschaft. Daß Vaugoin eine ungerechte Mandatsverteilung durchführte, derzufolge der Militärverband auf 104,9 Stimmen, der Wehrbund schon auf 43,5 Stimmen ein Mandat erhielt, ist beinahe belanglos, da in allen österreichischen Ländern, Wien einbegriffen, die Garnisonen jetzt bürgerliche Mehrheiten aufweisen.

Nach dem 15. Juli war die bis dahin in ihrer Mehrheit sozialdemokratische Wiener Polizeimannschaft, wütend gemacht durch die Beschuldigungen der „Arbeiter-Zeitung", zur Einheitsfront übergegangen, gefolgt von der Gendarmerie. Wenn auch bei Neuwahlen für das Parlament hierdurch keine allzu fühlbare Stimmenverschiebung eintreten würde, ist dennoch für die sozialdemokratische Partei dieser Verlust von Machtstellungen sehr schmerzlich. Die Heimwehren als Gegengewicht gegen den in Oesterreich rein sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbund bedeuten für die Regierung der bürgerlichen Einheitsfront natürlich auch einen Machtzuwachs. Es kann die sehr starke sozialdemokratische Minderheit im Nationalrat nicht mehr wie früher auftreten; gewisse Drohungen sind verschwunden.

Ein Gewinn, könnte man sagen, ein erfreulicher Sieg Dr. Seipels. Aber was ist erfreulich daran? Ist das Bundesheer nicht mehr rot, so ist es schwarz, ist nach wie vor ein Parteiheer; sind Polizei und Gendarmerie nicht mehr rot, so sind sie auch noch nicht das, was sie sein sollten, und was das Bundesheer sein müßte: völlig außerhalb der Parteien und nur im Dienste des Staates stehende Sicherheitsfaktoren. Früher sagten wohl alle Christlich-Sozialen, das Heer und Polizei unpolitisch sein müßten; aber das sagten sie, als die Soldaten und Polizisten rot waren. Bundeskanzler Dr. Seipel hat den sozialdemokratischen Vorschlag, beiderseits abzurüsten, zurückgewiesen. Er lehnt das Verbot aller Aufmärsche ab. Zunächst müßten die Geister, die Herzen abrüsten und sich versöhnen. Aber sein eigener Geist ist doch noch ganz von Kampf ausgefüllt. Vor einigen Tagen hielt er in Fürstenfeld eine Rede, in der er dem Parlament drohte, falls es nicht seinen Weg der Abrüstung betrete, müsse sie außerhalb des Parlaments durchgesetzt werden. Auf den Vorwurf undemokratischen Verhaltens antwortete er mit einem

Modus vivendi oder Gesamtvertrag?

Noch einmal der polnische Standpunkt

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ihi **Warschau**, 20. Oktober

Die halbamtliche polnische Telegraphenagentur antwortet heute auf die gestrigen offiziösen deutschen Veröffentlichungen zu der neuen Unterbrechung der deutsch-polnischen Verhandlungen. Sie erklärt: Die früheren deutschen Vorschläge zur Regelung des polnischen Agrarexports hätten sich nur auf einen Modus vivendi bezogen. Die letzten polnischen Vorschläge sollten durch Anregung des freien Warenaustausches unter Abschaffung der beiderseitigen Ausfuhrverbote und der Kontingente eine Grundlage für einen umfassenden Gesamtvertrag bieten.

Die deutsche Antwort habe den freien Wagenverkehr nicht nur für Kohlen, sondern auch für Fleisch grundsätzlich abgelehnt und nur für Schweinefleisch wiederum ein Kontingent in Vorschlag gebracht, und zwar auch dieses nur zur Lieferung an Fleischfabriken. Das sei keine geeignete Grundlage für die Wahrung der polnischen Interessen in einem Handelsvertrage. Die deutsche Haltung in der Frage der polnischen Exportwünsche habe während der Verhandlungen begleiflicherweise auch auf die polnische Haltung in der Zolltarifkommission zurückwirken müssen.

Die Polnische Telegraphen-Agentur geht dann weiter ausführlich auf die veterinärpolitischen Bedenken ein, die von deutscher Seite nochmals gegen die polnische Viehausfuhr geltend gemacht werden, und sucht sie durch Hinweis auf die Fortschritte der tierärztlichen Organisation in Polen während der letzten Jahre zu widerlegen. Sie bedauert zum Schluß nochmals den deutschen Wunsch nach Nichtveröffentlichung des letzten Notenwechsels. Dadurch werde die Verbreitung falscher Nachrichten begünstigt und eine unrichtige Information in einem großen Teil der deutschen Presse hervorgerufen.

Die deutschfeindliche polnische Rechtspresse greift heute die deutsche Politik, wie zu erwarten war, wieder scharf an. Im „Glos Prawdy", dem Legionär-Organ, wird ausgeführt, Deutschland wolle anscheinend, da es sich zugleich auf industriellem wie auf agrarischem Gebiete selbst versorgen wolle, dem Auslande zwar möglichst viel verkaufen, aber so wenig als möglich selbst kaufen. Eine solche handelspolitische Linie sei aber undurchführbar und müsse sich nicht nur Polen gegenüber schließlich selbst widerlegen.

Die amtlichen polnischen Stellen suchen die Pause in den Verhandlungen mit Deutschland auszunutzen, um inzwischen die seit längerer Zeit anstehende Revision des polnisch-französischen Handelsvertrages zustandezubringen. Da sich die polnisch-französische Handelsbilanz in letzter Zeit mehr zu Ungunsten Polens entwickelt, wünscht man vor allem bessere Bedingungen für die polnische Erdöl- und Agrar-Ausfuhr nach Frankreich zu erreichen. Der polnische Botschafter in Paris ist zur Förderung dieser Verhandlungen in Warschau eingetroffen, und das Mitglied der Delegation für die Verhandlungen mit Deutschland, Ministerialdirektor Sokolowski, ist jetzt auch zum Delegierten für diese Verhandlungen mit Frankreich bestellt worden.

024